

Das „Freiheit“ wird...
Vertrieb: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13 133.
Fernsprecher: Amt Norden 2896 und 2898.

Abdruck...
Vertrieb: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 13.
Fernsprecher: Amt Norden 2768.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor der Verständigung in Hamburg.

Die Verhandlungen in Hamburg.

Hamburg, 21. März. (Eigener Trahtbericht der „Freiheit“.) Das „Hamburger Echo“ schreibt heute früh: Verhandlungen über das Auslaufen der Lebensmittelschiffe sind, wie wir erfahren, zwischen Redervertretern und dem deutschen Seemannsbund im Gange. Anscheinend ist eine Verständigung möglich, die das Auslaufen der Lebensmittelschiffe ermöglicht. Es sind nämlich folgende Vereinbarungen vorgeschlagen worden: 1. Die Matrosen verzichten auf solchen Schiffen zu bleiben, auf denen die Ententeuppen befristet werden. 2. Die Entente soll sich verpflichten, auf den reinen Frachtdampfern, also auf solchen Schiffen, die keine Truppen befördern, 50 Prozent deutsche Besatzung zu belassen. Von dem deutschen Seemannsbund ist auf Veranlassung der Deputierten Reichsland, Schiffsahrt und Gewerbe für heute morgen 9 Uhr nach dem Rikus-Bahnhof eine Versammlung einberufen, mit der Tagesordnung: „Die Notwendigkeit der sofortigen Ausfahrt der deutschen Handelschiffe.“ In der Versammlung werden auch behördliche Vertreter und Vertreter der Reedereien das Wort ergreifen.

Die Berliner Presse meldungen, daß der Hamburger Seemannsbund specialistische Ziele verfolge, sind unzutreffend. Der Seemannsbund hat wohl Forderungen gestellt, doch sollen diese nur auf dem Verhandlungswege erfüllt werden.

Ein Sieg Wilsons.

Genf, 21. März. Präsident Wilson hatte am 18. März eine besondere Konferenz mit Clemenceau, Lloyd George und Orlando, in der nach einer offiziellen Mitteilung der französischen Zeitungen ein grundsätzliches Einverständnis über die weitere Behandlung der Friedensverhandlungen mit Deutschland erzielt worden ist. Es scheint danach, daß auf die Erneuerung des Waffenstillstandes mit Deutschland endgültig verzichtet worden ist, und daß die Grundlagen für einen wirklichen Präliminarfrieden ausgearbeitet werden sollen. Dieser Präliminarfrieden soll nicht nur die militärischen und maritimen Forderungen der Entente enthalten, sondern auch die Bedingungen für die Abgrenzung des Deutschen Reiches und die finanziellen Bedingungen, ebenso wie für den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund. Auf Verlangen Italiens wurde auch anerkannt, daß die Italien interessierenden Gebietsfragen ebenfalls in den Friedenspräliminarien geregelt werden sollen, was allem Anschein nach so ausgelegt werden muß, daß Italien die Umformung der Länder der Österreichisch-ungarischen Monarchie nur im Zusammenhang mit der Entscheidung über das Schicksal Deutsch-Oesterreichs behandelt werden soll. Es ist in Aussicht genommen, die Verhandlungen über diese Friedenspräliminarien zunächst unter den vier verantwortlichen Regierungschefs fortzusetzen und die Konferenz erst wieder zu versammeln, wenn beschleunigte Kommandierungen vorliegen. Man hofft auf diese Weise die Verhandlungen so beschleunigen zu können, daß die Friedenspräliminarien in zwei, spätestens drei Wochen Deutschland mitgeteilt werden können.

Das Bürgertum organisiert sich.

Das Präsidium des Reichsbürgerrats teilt mit: Am 20. März findet im Herrenhause zu Berlin die zweite Tagung des Reichsbürgerrats statt. Ebenso wie die Arbeiterratsbewegung hat der Bürgerratsgedanke im ganzen Reich sich als Frucht der jetzt erlebten innerstaatlichen Umwälzung immer mehr durchgesetzt und zu einer achtunggebietenden zusammenfassenden Organisation geführt. In der bevorstehenden Tagung wird die endgültige Verfassung des Reichsbürgerrates festgesetzt werden, um ihm und den in ihm zusammengefaßten Bürgerräten den festen und zuverlässigen Unterbau und Zusammenhang zu geben. Sie gewinnt dadurch eine ganz besondere Bedeutung, daß durch eine Reihe gleichzeitiger Anträge die Frage einer herausgehenden Vertretung Gegenstand ernster Verhandlungen sein wird. Insbesondere durch die in Aussicht genommene Legalisierung der Arbeiter-Räte ist das Bürgertum in eine sich immer entschiedener auswirkende Abwehr seiner einseitigen Zurückdrängung und einer Ausschaltung seiner wirtschaftlichen und kulturellen Interessen (7) genötigt. Für seine wirtschaftliche und politische

Sicherung werden die bevorstehenden Verhandlungen von hoher Wichtigkeit sein, neben den anderen bedeutsamen, aus den Zeitverhältnissen erwachsenen und zur Stellungnahme dringenden Beratungsgegenständen.

Es ist natürlich Unsinn, wenn der Reichsbürgerrat die in Aussicht genommene Legalisierung der Arbeiter-Räte als Vorwand nimmt, um auf die Notwendigkeit der „Abwehr“ der dem Bürgertum drohenden Gefahren hinzuweisen. Das Bürgertum besitzt zahlreiche Organisationen und feste Machtpositionen, die es sofort nach Ausbruch der Revolution für seine Zwecke mobil machen, nicht zur „Abwehr“, sondern zum scharfen Angriff gegen die Erzeugnisse der proletarischen Revolution. Daß es sich immer fester zusammenschließt, ist beargwünzlich — eine herrschende Klasse hat noch nie gutwillig auf ihre Machtstellung verzichtet. Um so mehr sollte die Arbeiterklasse diesen Zusammenschluß des konterrevolutionären Bürgertums als Antrieb nehmen, um ihre Organisationen zu einem mächtvollen Faktor der sozialen Revolution auszugestalten.

Die Hochseefischerei.

Berlin, 20. März. Am 19. März fand im Reichswirtschaftsministerium unter dem Vorsitz des Reichsministers eine Sitzung zum unter dem Vorsitz des Herrn Reichsministers eine Sitzung über Verteilung der von der Marine freigegebenen Fischdampfer statt. Die Marine erklärte, 68 Fischdampfer zur Zeit entbehren zu können, während die übrigen 31 unbedingt noch für Minensuchzwecke zurückgehalten werden müßten. In Angerter Erweiterung wurde festgestellt, daß die Ansprüche der Reedereien, welche Dampfer im Rotenbühl verlorren hätten, nicht unberücksichtigt bleiben könnten, und daß es auch am wirtschaftlichsten wäre, durch diese Reedereien die Dampfer sofort für einen geordneten Fischfang in Betrieb zu setzen. Andererseits wurde der Wunsch für berechtigt gehalten, auch für die Befreiungen zur Gründung gemeinschaftlicher Hochseefischereiu nternehmungen sofort eine Anzahl von Dampfern zur Verfügung zu stellen, wobei allerdings die Gründung reichseigener Fischereibetriebe vom Regierungssichtpunkt ausdrücklich abgelehnt wurde.

Als Ergebnis der Besprechung wurde festgestellt, daß 34 Fischdampfer alsbald an die durch Verluste im Reichs-Rotensbühl geschädigten Reedereien veräußert werden sollen, während die übrigen zur Zeit verfügbaren 34 Dampfer zurückgehalten werden sollen, um gemeinschaftliche Fischereiu nternehmungen zu fördern, für die in kürzester Frist abgeschlossene Projekte dem Reichswirtschaftsministerium vorgelegt würden. Die Interessenten wurden in bestimmter Frist aufgefordert, die Unterlagen hierfür sofort fortzusetzen und dem Reichswirtschaftsministerium einzureichen. Die Verteilung der später von der Marine freizugebenden Fischdampfer und der vom Reich in Auftrag gegebenen Neubauten wurde weiteren Erörterungen vorbehalten.

Uns erscheint diese Lösung gänzlich ungenügend. Wir behalten uns vor, gelegentlich auf die Frage der Sozialisierung der Hochseefischerei zurückzukommen.

Neue Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise.

Am 1. April soll ein neuer Tarif für den Personenverkehr auf der Eisenbahn in Kraft treten. Während bisher nur die Benutzung von Schnellzügen wesentlich verteuert war, soll jetzt eine Erhöhung auch im Verkehr mit Personenzügen eingeführt werden, die gegenüber den jetzigen Fahrpreisen in der ersten Klasse 100 Prozent, in der zweiten 40 Prozent und in der dritten 30 Prozent betragen soll.

Die bürgerliche Presse sucht diese neue Belastung des Verkehrs in den Personenzügen, die die breiten Massen der Bevölkerung zu tragen haben, zu rechtfertigen. Aber während sie gegen die Verordnungen der Regierung Einspruch erhebt, wenn sie ohne Bestätigung des Reichstages politische Rechte einrückt, so hat sie nichts dagegen einzuwenden, daß jetzt diese neue große Steuerlast der Fahrpreise eingeführt wird, ohne daß dem Parlament Gelegenheit gegeben ist, sich zu dieser Angelegenheit zu äußern. Wir erheben gegen diese Anordnung den schärfsten Einspruch. Wir tun es nicht nur, weil das Parlament in dieser Sache nicht gehört worden ist, sondern besonders deshalb, weil die Festsetzung der Fahrpreise in unmittelbarem Zusammenhang steht mit der Frage der Steuerregelung des Verkehrs, wofür es überhaupt und weil eine Klärung dieser Frage durch eingehende sachliche Beratung des Reichstages herbeigeführt werden muß.

Sozialismus und Arbeiterschaft.

Immer wieder träumten Menschen, die die Ungerechtigkeit, Lieblosigkeit und Ungleichheit ihrer Welt schmerzhaft empfanden, von einem Zukunftsreich, in dem die Menschen gleich und brüderlich miteinander leben würden. In farbenprächtigen Gemälden zeichneten sie die Ordnung ihrer Traumgebilde. Und schon vor Jahrhunderten spielte der Gedanke der Beseitigung des Privateigentums (oft nicht nur des Privateigentums an den Produktionsmitteln, sondern auch an den Konsumtionsmitteln) dabei eine große Rolle.

Aber all diese Pläne und Entwürfe mußten Luftschlösser, „Utopien“, bleiben, solange die wirtschaftliche Entwicklung noch nicht die Vorbedingungen für eine Sozialisierung des Wirtschaftslebens geschaffen hatte. Solange noch der Kleinbesitz vorherrschte, mußte die Beseitigung des Privateigentums undurchführbar sein, weil sowohl die technischen Vorbedingungen fehlten, wie vor allem auch die Massen solcher, deren Interessen auf eine derartige Sozialisierung drängten, und die damit die Träger der Umwälzung werden konnten.

Erst als sich auf den Trümmern der feudalen Wirtschaft und des „Polizei Staates“ die moderne kapitalistische Wirtschaftsepoche entwickelte, der Großbetrieb den Kleinbetrieb und den Mittelbetrieb immer mehr verdrängte, erst da entstanden die technischen Möglichkeiten einer Vergesellschaftung der Wirtschaftsunternehmungen. Da bildeten sich in dem modernen Industrie proletariat auch die Massen heraus, die mit ihrem ganzen Interesse auf eine Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln hinarbeiteten, und deren Zahl rasch und immer rascher derart wuchs und anstchwoll, daß alle Maßnahmen zu ihrer Niederhaltung schließlich nicht ihren Aufstieg zur Macht verhindern konnten.

Das privatkapitalistische Wirtschaftssystem hat die allgemeine Kultur außerordentlich gefördert; aber seine Arbeitsweise war immer eine Ausnutzung der Arbeitskraft der Beschäftigten, die weithin Not und Elend schuf. Schon in jungen Jahren wurde der Proletarierlohn gezwungen, in die Produktion des Kapitals zu treten und in überlanger Arbeitszeit zur Bereicherung seines Arbeitsherrn zu launten. Mehr und mehr rief die Gier des Kapitals nach billigen Arbeitskräften auch Frauen und Mädchen in die Fabriken, und mochten schließlich soziale Gesetze der Arbeitszeit von Frauen und Jugendlichen bestimmte Grenzen ziehen, es blieb eine Anspannung schwacher Kräfte, die oft vor der Zeit zum Verfall, zum Ruin des Lebens führte. Wehrlos war die Masse der Arbeiter den Launen und der Willkür ihrer „Arbeitsherrn“ preisgegeben. Gewiß, sie hatten jederzeit das Recht, ihren Arbeitsvertrag zu lösen; mit Stolz rühmte sich ja die Bourgeoisie, dem Arbeiter diese „Freiheit“ geschenkt zu haben. Aber wer von dieser Freiheit Gebrauch machte, mußte gewärtigen, dann auch „frei“ von allen Existenzmitteln daustehen, der Arbeitslosigkeit und dem Hunger preisgegeben. So schuf die Furcht vor dem Elend aus der großen Masse der freien Arbeiter doch bloße Sklaven des Kapitals. Und dieses mußte seine Machtstellung, nicht den Umstand, daß es allein über die modernen Maschinen, Fabriken usw. verfügte, ohne die keine moderne Arbeit mehr möglich war, dazu aus, um die große Mehrzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen auf einem Lohnniveau zu halten, das kaum eine auskömmliche Ernährung ermöglichte, geschweige denn Mittel gab zu einem menschenwürdigen Dasein und Anteilnahme an den Gütern der Kultur.

Es war gewiß nicht bloß die Schlechtigkeit der einzelnen Kapitalbesitzer, die das Proletariat ausbeutete und um seine Lebensfreude brachte. Es war das System, das jeden Unternehmer zwingt, Ausbeuter zu sein. Nur wer darauf aus war, möglichst große Gewinne aus der Tätigkeit seiner Arbeiter herauszuholen, konnte darauf rechnen, „konkurrenzfähig“ zu bleiben und nicht selbst unter die Räder zu kommen. So drückten letzten Endes die Skrupellosen auf die Humaneren und gaben den Ton an für die Ausbeutung der Arbeiter. Innerhalb gewisser Grenzen konnten die Arbeiter wohl Milderungen erzielen, indem sie sich zusammenschlossen und mit den Mitteln der gewerkschaftlichen Aktionen einen Druck auf das Unternehmertum ausübten. Aber doch immer nur innerhalb gewisser Grenzen. Die Ausbeutung an sich, die Tatsache, daß ein erheblicher Teil des Arbeitsvertrages nicht den Arbeitenden zufloß, sondern

was in Kapitalismus verwandelt, sie konnte durch Lohnbewegung und Arbeitszeitverkürzungen nicht befreit werden. Sie konnte, sie kann nur fortfallen, wenn das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst fällt.

So müßte die Erkenntnis ihrer Klassenlage die Proletarier zu Gegnern dieses Systems machen, zu entschiedenen Gegnern der Fortdauer jenes Zustandes, in dem der Besitz an Kapital und Produktionsmitteln einigen wenigen die Möglichkeit gewährt, über die Millionen der Besitzlosen zu verfügen, um Millionen von Besitzlosen gezwungen werden, um ihrer Besitzlosigkeit willen bei jenen Bevorrechteten zu stehen.

Als Ausweg aber zeigte sich nur die Sozialisierung des Besitzes an Produktionsmitteln, die Überführung des privaten Eigentums an Grund und Boden, Fabriken, Höfen usw. in das Eigentum der Gesellschaft.

Damit werden die Arbeiter zu Herren über die Dinge, deren Sklaven sie bis dahin waren. Sie hören nicht auf Arbeiter zu sein. Aber sie arbeiten nicht mehr für andere, sie arbeiten für sich selbst. Sie brauchen nicht mehr damit zu rechnen, daß andere, die nichts tun, sich mit ihrem Schweiß mästen. Sie haben die Gewißheit, daß alles, was ihrer Hände und ihrer Hirne Arbeit schafft, der Gemeinschaft der Arbeitenden auch wieder zugute kommt.

Die Ausschöpfung des Profits, aber auch die bei sozialistischer Wirtschaft eintretende Möglichkeit gewaltiger Produktionssteigerung bei gleichbleibendem Aufwand menschlicher Arbeit schaffen die Möglichkeit, jedem, auch dem letzten Arbeiter, solche Einkünfte zu sichern, daß er davon sich und die Seinen anständig ernähren und bekleden kann, und auch noch genug übrig behält, um Stunden behaglichen Genusses verleben zu können; und doch wird gleichzeitig die Arbeitszeit verkürzt werden können, so daß keiner von früh bis spät durch seine Berufstätigkeit in Anspruch genommen ist.

Das Gebot der Arbeitslosigkeit wird niemandem mehr bedrohen. Neben dem Recht auf Arbeit wird freilich auch die Pflicht zur Arbeit stehen, von der nur jene befreit sein werden, die nach ihrem körperlichen Zustand wirklich arbeitsunfähig sind. Diese Pflicht zur Arbeit braucht indessen die Freiheit der Wahl der Arbeitsstätte nicht aufzuheben, und es wird sich vor allem insofern immer doch um eine „freie“ Arbeit handeln, als sie nicht von der Willkür eines oder einiger Kapitalgehaltigen bestimmt wird, sondern sich nur Regeln und Gelehen unterzuordnen hat, auf deren Befolgung jeder Arbeiter selbst Einfluß ausüben kann.

Die einzelnen Betriebe werden nicht das Eigentum derjenigen sein, die darin beschäftigt sind, sondern dem Staat oder der Gemeinde gehören, für deren Versorgung sie ihre Waren erzeugen. Aber nicht nur, daß jeder als vollberechtigter Bürger dieses Staates oder dieser Gemeinde das Recht hat, über die Arbeitsbedingungen und die ganze Organisation der im Besitz dieser Betriebe befindlichen Unternehmungen mitzubestimmen, — es ist selbstverständlich, daß auch in jedem Betriebe die Demokratie verwirklicht ist, die jedem darin Beschäftigten Recht und Möglichkeit gewährt innerhalb der durch das Gesetz gezogenen Grenzen an der Gestaltung und Leitung des Unternehmens mitzuwirken und dafür zu sorgen, daß kein Willkürregiment einreißt.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat den Massen der Proletarier längst alle sozialen Aufstiegsmöglichkeiten verweigert. Der moderne Arbeiter konnte seit Jahrzehnten nicht mehr daran denken, noch einmal wieder „selbständiger Meister“ zu werden oder sonst in eine andere gesellschaftlich anerkannte Stellung aufzurücken. „Selbständiger“ im alten Sinne des Wortes wird nun auch im sozialistischen Gemeinwesen nicht mehr werden können. Aber die Möglichkeiten des Aufstiegs werden für jeden Beschäftigten in einer sozialistischen Gesellschaft doch ganz anders sein als heute. Die unabweisbaren Vorteile, die in der alten Gesellschaft immer der Besitz gewährte, werden beseitigt werden. Die Bildungsstätten, Schulen und Hochschulen werden nicht mehr das Privileg eines kleinen Kreises Bevorzugter sein; der Besitz von „Vertriebskapital“ wird nicht mehr entscheiden über die Möglichkeit, im Wirtschaftsleben eine führende Rolle zu spielen. Jeder wird zum Leiter eines großen Unternehmens und in jede andere führende Stellung aufsteigen können, der sich dafür nach seinen Fähigkeiten, seinem Fleiß, seiner Kunst, mit Menschen umzugehen und ihr Vertrauen zu gewinnen, einsetzt.

Grundfragen des Theaters.

In einer Rede im Münchener Nationalrat sagte Kurt Eisner:

Ich halte das Theater in seinem heutigen Betriebe für eine nicht sehr erhebliche Erscheinung. Ich halte sogar diese Ueberhöhung des Theaters für verwerflich. Der Schriftsteller, der zu Namen und Geltung kommen soll, zu Geld und Geltung, der schreibt für's Theater, wenn er seine literarischen Sätze in der Weise abtastet, daß er seine Sätze verschiedenen Personen in den Mund legt, das heißt, ein Drama schafft. Ich will ja nicht verächtlich von diesem Gewerbe aus den trübseligsten Gründen reden. Wenn er aber ohne dramatischen Verzug nur deshalb Theaterstücke schreibt, weil das Theater ein kapitalistisches Unternehmen ist und deshalb eine besondere Geltung in der Kritik und in der Öffentlichkeit hat, so ist das wieder eine Umkehrung aller vernünftigen Verhältnisse. Sie wissen, daß ich mit der Presse sehr unzufrieden bin, und ich möchte auch auf diesem Gebiete meine Unzufriedenheit noch steigern. Ich selbst bin ja mit Schuld an dieser Presseverderbnis. Es ist doch wirklich der wahrste Unfuss, daß die Öffentlichkeit von den größten Erzeugnissen der Wissenschaft und der großen Kunst nichts erfährt durch die Presse, aber wenn in irgendeinem Schundtheater irgendeine Operette getingeltangelt wird, da wird ein ganzer Stob von Arbeitern aufgedoten, um diese wertvolle Erscheinung der Kulturwelt, ja aller Welt, mitzutellen.

Das Theater ist ein kapitalistisches Unternehmen und beansprucht deshalb eine Verächtlichmachung der Öffentlichkeit. Eine Verächtlichmachung in der Öffentlichkeit, die gar nicht im Verhältnis steht zu dem inneren Wert des heutigen Theaters. Sollte es nicht möglich sein, daß die Kritik darauf verzichtet, irgendein literarisches nicht wertvolles Werk überhaupt nur zu erwähnen — das wäre eine Hilfe für die Kunst — nicht zu erwähnen, was an Kritik in den blühenden Künsten geleistet wird, nicht zu erwähnen, was in der Kunst wertlos ist. Das wäre eine Aufgabe der Organe der öffentlichen Meinung.

Die Rangordnung der Kunst zu sichern, das ist eine Aufgabe des Staates, kann aber vor ihm nur geleistet werden, wenn er unterstützt wird von allen Organen der öffentlichen Meinung. Der Vertreter der Schauspieler und der Theater-

Erkennen, was Sozialismus bedeutet, muß nach all dem für jeden Arbeiter einfach heißen: Sozialist sein. Seine Klassenlage erheißt die sozialistische Umgestaltung als einzige Möglichkeit der Befreiung. Nur der Sozialismus kann dem Arbeiter Erlösung bringen aus der Bedrückung und Ausbeutung durch das Kapital und die staatlichen Mächte, aber nur Kapital und Gnaden. Der Sozialismus wird aber auch die Erlösung bringen: die Erlösung zu freiem Menschentum!

Wer schweigt?

Der „Vorwärts“ behauptet, wir hätten zu dem Beschluß der Hamburger Seeleute, die Schiffe nicht ausfahren zu lassen, keine Stellung genommen. In Wirklichkeit haben wir gestern auf die Widerprüfe in den Meldungen hingewiesen, und in unserer heutigen Morgen-Ausgabe den Beschluß der Seeleute ausdrücklich als unverständlich, nutzlos und sinnlos verurteilt. Die Anklage des „Vorwärts“ ist also noch jeder Richtung hin haltlos.

In Wirklichkeit will der „Vorwärts“ durch diesen unbegründeten Protest auch nur verdeuten, daß er dauernd alle ihm und der Garde-Kavallerie-Schützen-Division unangenehmen Enthüllungen der „Freiheit“ unterdrückt. So hat er auch jetzt drei Tage nach unserer Veröffentlichung seinen Lesern immer noch nicht den Wortlaut des von ihm und der Garde-Kavallerie-Schützen-Division abgestrittenen Mordbefehls unterbreitet. Statt dessen bringt er heute morgen im lokalen Teil an verdeckter Stelle folgende bezeichnende Notiz:

Die gerichtliche Untersuchung aller Beschuldigungen gegen die Truppen wird sich auch auf ein von der „Freiheit“ veröffentlichten Befehl der Garde-Kavallerie-Schützen-Division zu erstrecken haben, worin das Standrecht ganz willkürlich auf „Tödtliche“, in deren Wohnungen (oder auch bei denen) Waffen gefunden wurden, ausgelehnt worden war. Wir haben nach jener Veröffentlichung eine Stellungnahme der Division abgewartet — sie ist bisher nicht erfolgt.

Man merkt dieser Notiz an, wie fehnüchlig der „Vorwärts“ auf eine neue Ablehnung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division gewartet hat. Sein Vertrauen zu den Beschüßern der Mörder von Liebflecht und Lurenburg ist so groß, daß er nur auf neue Plagen von ihnen wartet, um sie seinen Lesern vorzuführen. Aber trotzdem die Garde-Kavallerie-Schützen-Division schweigt und damit zugibt, was auch nicht zu bestreiten ist, daß der Wortlaut des von uns veröffentlichten Mordbefehls richtig ist, beim „Vorwärts“ eifriges Schweigen. Zwischen ihm und der Garde-Kavallerie-Schützen-Division herrscht dieselbe Seelengemeinschaft wie zwischen Kasse und Wobst!

Die weißen Gardien in Finnland und Deutschland.

Das Stadtgericht Helsinki verurteilte, laut einem Telegramm der „D. Allg. Ztg.“, den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei, Senator Tanner, wegen des Drucks und der Verbreitung einer strafbaren Schrift zu zwei Monaten Gefängnis. Es handelt sich um ein während des Wahlkampfes erschienenen Flugblatt unter dem Titel: „Auf, aus der Nacht der Unterdrückung!“ In mehr als einer dreistündigen Verteidigungsrede verlas Tanner eine umfangreiche Denkschrift, durch die er den Wahrheitsbeweis für die in dem Flugblatt enthaltenen Anschuldigungen zu erbringen suchte. Die Schrift behandelt die Geschichte des roten Aufstiegs und gibt die Zahl der auf der Seite der Roten Getöteten und Hingerichteten auf 15 817 an, worin die Zahl der in den Gefängnissen zugrunde Gegangenen nicht eingerechnet sei, die auf weitere 15 000 geschätzt werde. Die Schrift richtet ferner Anklagen gegen die ungesetzliche Tätigkeit des durch die Anschuldigung der sozialistischen Mitglieder verurteilten Landtags.

Ohne Zweifel, heißt es in dem Telegramm weiter, ist das Urteil gegen Tanner, in dem die hiesige Sozialdemokratie einen Führer der neuen genährten Richtung erblickt,

hochgradig geeignet, der vorhandenen Erregung in den Arbeitermassen frische Nahrung zuzuführen, und dies gerade zu einem Zeitpunkt, wo die Aufregung der Massen rasch in Europa ihrem Gipfelpunkt entgegenstrebt. Das ist vollkommen richtig. Diese Einsicht vermisst man aber sonst in dem Regierungsbüro wie in der Praxis der Regierung, die selbst die weißen Gardien in Deutschland organisiert und sie in ihrem wütenden Kampf gegen die Arbeiterklasse unterstützt, ohne Rücksicht darauf, welche Folgen diese Politik haben muß.

Regelrechtlicher Mordmord.

Unter den in der Französischen Straße ermordeten 24 Matrosen befindet sich auch der Matrose Max Kuhnert. Wir erfahren von seinen Angehörigen, daß er am Dienstag, den 11. d. M. in Zivilkleidung und ohne jede Waffe von Hause fortgegangen ist. Erst acht Tage später fanden sie ihn im Schaufenster als Leiche wieder.

Auch in diesem Fall steht unzweifelhaft fest, und kann durch eidliche Aussagen bestätigt werden, daß der Erschossene weder sich in irgend einer Weise an den Kämpfen beteiligt hat, noch im Augenblick seiner Verhaftung und Erschießung im Besitz irgend einer Waffe war. Er gehörte zu der Abteilung der Volksmarine-Division, die im Auftrage der Kommandantur die Reichshafen bewachte. Am Freitag, den 7., wurde dies Kommando aufgelöst und entwaffnet. Von diesem Moment an hat er weder eine Waffe besessen noch getragen.

Bei der Leiche wurde noch die Wristtasche gefunden, es fehlte aber der darin befindliche Ausweis der Volksmarine-Division und es waren nur noch 50 Pf. an Papiergeld vorhanden, während der Erschossene bei seinem Weggang von zu Hause im Besitz von mindestens 50 Mark war, was ebenfalls eidlich bestätigt werden kann.

Auch der Matrose Kurt Brädel befindet sich unter den erschossenen 24 Marineangehörigen. Er ging am Dienstag, den 11. März, abhungerlos in die Französische Straße, um sich seine Wohnung zu holen. Am Donnerstag, den 13., fanden ihn seine Angehörigen im Leichenschauhaus wieder. Die Leiche war von Schüssen geradezu durchlöchert. Mantel und Schuhe fehlten.

Nach Aussage der Angehörigen, sowie zahlreicher Zeugen hat der Erschossene sich an keinem Tag und in keiner Weise an den Kämpfen beteiligt und trug, obwohl er im Besitz eines von der Soldatenwehr aufgestellten Waffenscheines war, am Tage seiner Verhaftung und Erschießung keine Waffe bei sich.

Die Untersuchung.

Von „zuständiger Seite“ wird gemeldet:

Es ist bekannt, daß infolge der Berichte über die Matrosenerschießungen in der Französischen Straße der Reichspräsident beim Reichswehrminister bestellt worden ist, um die nötige Aufklärung dieses Vorfalles umgehend herbeizuführen. Daraus ist die gerichtliche Untersuchung des Vorfalles eingeleitet worden. Ebenso werden alle anderen Vorformalnisse, handle es sich um ein solches Verbrechen oder insbesondere um Verletzungen des Ehestandes, auf das sozusagen eingeleitet werden. Auch sind alle Verordnungen getroffen worden, um etwaige Wiederholungen von ungesetzlicher Erfüllung der Dienstvorschriften unter allen Umständen zu verhindern.

Das „sorgfältige Verfahren“, das bei der Aufdeckung von Mordtaten der Regierungstruppen von den „zuständigen Stellen“ angewendet wird, kennen wir bereits aus Erfahrung anlässlich der Ermordung Lurenburgs und Liebflechts. Die Militärbehörden legen über die Schuldigen zu Bericht. Sie haben ein starkes Interesse daran, die Wahrheit zu verdunkeln, weil sie ihr System nicht bloßstellen wollen. Die parlamentarische Untersuchungskommission muß sich des Falles sofort annehmen, damit sich die Urheber des Verbrechens nicht verkrümmeln, wie es der Hilar Kunze getan hat. Einwandreiches Neuermaterial zur Aufhellung des Vorfalles ist genügend vorhanden.

nicht genau wie ich diesen verderblichen Einfluß unserer Bühne, unseres Theaterwesens als reiner Lustbarkeit und als eines Instrumentes der Verhöhnung des Gewissens. Aber nun welches Heilmittel? Ich erinnere mich, daß meine erste Arbeit, die, ich glaube, im Jahre 1888 gedruckt wurde, die Vergeßlichkeit der Theaterbesucher veranlaßt aus den Gesichtspunkten, die ich eben auseinandergesetzt habe. Das Theater könnte eine der größten, edelsten Bildungsanstalten des Volkes sein. Es gibt überhaupt die Idee noch kaum eine Einrichtung in der heutigen Welt, die so durch Phantasie und Einfluß auf das Gemütsleben die Menschen erneuern könnte, wie das Theater, wie das Drama. Das wußten die alten Griechen sehr wohl für die Theater Gottesdienste war. Ich glaube daran, daß solche gottesdienstliche Auffassungen der dramatischen Kunst wieder möglich wird. Eine solche Erneuerung setzt zweierlei voraus: ein Theater, die vom kapitalistischen Betriebe losgerissen sind, und zweitens ein Publikum, das ich hätte beinahe gesagt, den Befähigungsnachweis und nicht den Steuerzettel mitbringt.

Zur Kunst gehört auch die Kunstgemeinde, und genau wie die Künstler befähigt sein müssen, müssen auch die Konsumenten der Kunst befähigt sein. Heute geht in Theater der Kriegsgewinnler, und alle unsere Künstler klagten über den Stumpfsinn, den heute das Publikum entwickelt. Wenn die Revolution die Kriegsgewinnler aus dem Nationaltheater herausgerissen hat, würde ich das nicht als eine der edelsten Errungenschaften der Revolution betrachten. Wer aber etwa Berlin während der Kriegszeit gesehen hat, wer gesehen hat, wie dort die Kriegsgewinnler sich an den Theatern betätigt haben, wie sie wütheten über Dinge, die sie nicht verstanden haben, müßte allerdings diese Theater als Stätten der Ungunst betrachten, als zeitliche Bordelle für Kriegsgewinnler. Wer jemals im Theater den Einfluß der großen Kunst auf das Gemütsleben der künftigen Menschen ausübt, beobachtet hat, dem ist eine solche Reform des Theaters eine ungeheure ernste Angelegenheit. Ich wünsche, ich könnte selber Theaterstücke schreiben, die ich als Propagandamittel unserer revolutionären Politik aufgeführt und diese dramatische Kunst könnte hinausgetragen werden in das letzte Dorf, dann hätte wir durch die Kunst ein Erziehungsmittel für die Menschen, wie es härter und gewaltiger gar nicht gedacht werden konnte. Das Theater soll eine gemeinliche Angelegenheit des Staates und der Städte sein und soll zunächst werden dem ge-

samten Volke. Das Nationaltheater ist ja heute in München befreit; aber noch geht in das Nationaltheater nur derjenige, der Geld hat, also das Publikum, das durchaus nicht durch innere Triebe ins Theater gedrängt wird, sondern eben nur dorthin geht, weil es Stätten des gegenseitigen Verhaltens und der Lustbarkeit, gesellschaftlich-zuherliche Vergnügungsinstitute sind. Ich glaube, wir sollten mit dieser Sozialisierung so rasch und so weit wie möglich gehen, und ich bin auch der Meinung, daß man die Selbstverwaltung der Theater den Schauspielern überlassen kann, vorausgesetzt, daß sie an diesen Bühnen auch Männer oder Frauen befinden, die zu künstlerischer Leitung befähigt sind.

Die Forderung, daß die Theater nicht nach den kapitalistischen, sondern nach künstlerischen Gesichtspunkten geführt werden, könnte der Staat heute schon erfüllen, erstens dadurch, daß er selbst Ruhertinstute schafft, zweitens dadurch, daß er bei der Konzessionserteilung ganz bestimmte strenge Forderungen stellt.

Der Feldherrnhügel.

(Komödienhaus.)

Eine Militärkomitee, zu der Rada Rada die „Simplissimus“-brecher und Köhler wohl mehr die „Blügenden Stähler“-Zutaten geliefert haben. Man hatte diese posthume Salter auf allerhand preußische und russische Militaria aus der Vorkriegszeit vom Lustspielhaus her noch in trennbare Erinnerung, aber bei der Wiedereröffnung im Komödienhaus verließ sich der trotz glänzender Darbietung (mit Julius Siondt und Alexander Eckert an der Spitze) die Vorbrücke zu einem wenig zeitgemäßen Spektakel. Der alte Archäologie im Grunde eher miltaristisch als antimiltaristisch und daher dem Bürgerpublikum noch immer eine willkommene Abendunterhaltung. Das Dummere steigt — aber das „erzählige“ Theaterverderben und der preußische Künsteradlerhelm haben den Weltkrieg überlebt. Der Weisheit, den man dem zahmen Spott des „Feldherrnhügel“ spart, gewährt auch diesen Hauptkünstigen verlebte Vergeltung. Ihr prüft sie auf der Bühne, läßt euch verhandlungsmäßig zu, seht Euch drängen leise und manchmal auch schon laut nach ihnen — missfällig heute so wie gestern und ehedem.

Groß-Berlin.

Denunzianten und falsche Zeugen.

Immer wieder gehen uns Berichte zu, aus denen hervorgeht, daß die Regierungstruppen zahllose Verhaftungen, ja sogar standrechtliche Erschießungen vorgenommen haben auf Aussagen und Denunziationen hin, die durch nichts bekräftigt und bewiesen waren. Die Auslage einer beliebigen Person, deren Glaubwürdigkeit niemand kontrollieren kann, genügt, um mißliebige Leute ins Gefängnis oder gar zur Erschießung zu bringen. Dem Spitzel- und Denunziantentum, der gemeinsten Klatsch- und Verleumdungslust ist damit Tür und Tor geöffnet.

Und die davon Betroffenen sind den bösen Zungen und dem bösen Willen der Denunzianten wehrlos ausgeliefert. Selig ist es nämlich dem einen oder anderen, trotz Denunziation und Verleumdung seine Unschuld zu beweisen — so geschieht doch dem Denunzianten, dem, der die falsche Aussage gemacht hat, nicht das Geringste. Er wird überhaupt nicht zur Rechenschaft gezogen. In vielen Fällen haben die Verleumdeten und Beschuldigten, die sich in ihrem Ruf und ihrer Sicherheit gefährdet haben, die Kriegsgerichte dringend eruchtet, die Namen der Personen zu nennen, durch deren Anzeigen und Auslagen sie vor Gericht und in Gefahr gebracht waren. Aber die Gerichtsoffiziere schämen diese Denunzianten und falschen Zeugen, indem sie jede Auskunft über sie verweigern. So ist denn den fälschlich Beschuldigten und fälschlich gefangenen Geistes jede Möglichkeit genommen, ihre Verleumder zur Rechenschaft zu ziehen.

So züchtet der Belagerungsstand, unter dem weder mit der rüchlichen Waffe der „Schubst“ gearbeitet wird, systematisch das übelste Denunziantentum und verwandelt die friedliche Bevölkerung in rechtlose Opfer der übelsten Elemente der Gesellschaft.

Folgender noch unaufgeklärter Fall beruht ebenfalls auf einer Denunziation. Bei dem Ehepaar B. in der Dolgackstraße, das von mehreren Männern einmündlich abgerufen hat, erschien am 13. d. Mts., abends, eine aus einem Offizier und vier Mann bestehende Patrouille und durchsuchte die Zimmer. Zwei Personen, die dort zur Untermiete wohnten, wurden verhaftet. Trotz aller Bemühungen ist es noch nicht gelungen zu erfahren, was mit den beiden geschehen ist. Der eine von ihnen hatte eine größere Geldsumme und auch verschiedene Wertgegenstände bei sich. Wo sind die beiden Männer und wo sind Geld und Wertgegenstände?

Auch der Vater Paul A. in der Lange Str. hat infolge einer Denunziation mit seiner Familie viel Aufregung durchmachen müssen. Nachdem am Mittwoch, den 12. März, schon am Nachmittag bei ihm gehaufacht worden war, erschien am selben Abend, als die Familie schon schlief, ein Offizier und mehrere Soldaten in seiner Wohnung. A. sollte vom Dach aus geschossen haben. Der Boden wurde gründlich abgesucht, aber nichts Verdächtiges gefunden. Die Denunziation ging von einem Hausbewohner aus, auf dessen Veranlassung alle Weter im Hause, die die „Freiheit“ lesen, mit einer Hausdurchsuchung bedacht wurden.

Stürmische Debatten in Wilmersdorf.

Zu recht lebhaften Szenen kam es am Mittwoch in der Stadivertretenderversammlung in Wilmersdorf. Auf der Tagesordnung stand unter anderem ein Antrag der bürgerlichen „Freien Vereinigung“, der die Zahlung einer Entschädigung an die Freiwilligen der Einwohnerversammlung hgm. an deren Hinterbliebenen fordert. Der Antrag wurde von den Demokraten unterstützt, ließ aber auf lebhaften Widerspruch bei den Reichswehrsozialisten und den Unabhängigen.

Für die Reichswehrsozialisten begründete die Ablehnung der Stadiv. Rikell, der ausdramatisierte, daß, wenn die Einwohnerversammlung einen Sinn gehabt hätte, sie ihn zur Zeit nicht mehr besäße, und daß, davon abgesehen, eine besondere Unterstützung auch nicht mehr notwendig sei, da die Angehörigen der Wehr unter das Mannschaftsvorsorgegesetz fielen.

In lärmigen Ausführungen ging der Genosse Dr. Breitfeld auf die Materie ein und behandelte, durch Stillschrei „Schlachtenberg“ veranlaßt, die Vorgänge der letzten Wochen. Seine

Rede wurde fortgesetzt durch hitzerische Kundgebungen der Redner unterbrochen. Er setzte auseinander, daß gerade die Einwohnerversammlung und ähnliche Einrichtungen eine Gefahr für die Ordnung und Sicherheit bildeten. Sie wollten ihre Existenzberechtigung beweisen und wären deshalb jederzeit geneigt, Sparmaßnahmen zu fassen und parteipolitische Angriffe zu vermuten. Es komme dann zu Schießereien, die ruhige und friedliche Bürger gefährdeten, statt sie zu schützen. Auch die vor kurzem in Wilmersdorf vorgekommenen Schießereien hätten denselben Grund gehabt.

Breitfeld wies darauf hin, daß sowohl die Unabhängigen wie die kommunistische Partei beim Generalsstreik die Parole ausgegeben hätten, die Arbeiter sollten nicht auf die Straße gehen. Es wurde viel Unheil verübt worden sein, wenn die Wehren und Freiwilligenkorps anders vorgegangen wären, oder wenn sie überhaupt nicht in ihrer gegenwärtigen Form existiert hätten. Nüchternes Gesindel abzumehren, sei die Sache der Polizei. Uebrigens dürfe man nicht vergessen, daß auch Beträge dafür vorliegen, daß Regierungstruppen sich häufig genug Übergriffe gegen das Eigentum zuzuschulden kommen ließen.

Es komme hinzu, daß das Vorhandensein solcher militärischer Anformationen allerlei niedrige Instinkte wecke und daß kein Mensch vor Verfolgungen sicher sei, die zum großen Teil auf gemeine und verlogene Denunziationen zurückgingen. Der Redner teilte dann mit, daß bei einer solchen militärischen Formation auch gegen ihn eine ganze Anzahl von Denunziationen eingelaufen seien, unter anderem habe man ein privates Kostümstück in einer Familie, zu dem auch er und sein Parteigenosse Hauptmann Solde eingeladen worden seien, als parteipolitische Verleumdung angezeigt, und es sei nur dem Eingreifen eines bestimmten Mannes zu verdanken, daß die Gesellschaft nicht mit Waffengewalt auseinandergetrieben wurde. Eine auch in einer anderen Privatgesellschaft von ihm gemachte Ausfälschung sei sofort der Zeitung einer Wehr überbracht worden, mit dem Ersuchen, gegen ihn vorzugehen. Wieder habe er es nur einer persönlichen Bekanntschaft zu verdanken, daß die Zeitung der Truppe nicht sofort zu Hausdurchsuchung oder Verhaftung geschritten sei. Es werde keine Ruhe und Sicherheit geben, bevor man nicht auf all diese militärischen und halb-militärischen Sicherheitsorganisationen, die sich offen oder verdeckt in den Dienst bestimmter politischer Richtungen stellen, verzichte.

Den Bürgerlichen waren Breitfelds Ausführungen um so unangenehmer, als sie sich bisher überhaupt noch nicht daran gewöhnt haben, daß die Dinge in der Wilmersdorfer Stadivertretenderversammlung, in der es bisher mehr wie an einem Stammtisch hergegangen pflegte, unter politische Gesichtspunkte gerückt werden. Aber Redner beklagten sich dann auch bitter über diese noch ihrer Meinung von der Sache absehbende Diskonkordanz und betonten immer wieder die Notwendigkeit, gegen das Gesindel, das die Führer der sozialistischen Parteien nicht mehr in der Hand hätten, mit Hinten und Rückgräten vorzugehen. Besonders unangenehm berührt waren sie auch durch das Verhalten der Reichswehrsozialisten, gegen die sie immer wieder Herrn Raske und seine Klasse ins Feld führten. Raske antwortete ihnen noch einmal sehr temperamentvoll, und als sie immer wieder „Kaske“ dazwischen riefen, ging er extraloud und so weit, zu erklären, daß für ihn und seine Freunde schließlich die Anichten des Herrn Raske nicht unbedingt maßgebend seien. In vorgerückter Stunde, nachdem auch noch unser Genosse Hilbig sich sehr scharf und treffend über die Einwohnerversammlung ausgesprochen hatte, wurde der Antrag mit den bürgerlichen Stimmen angenommen, und der Magistrat wird nun der Stadivertretenderversammlung eine entsprechende Vorlage unterbreiten.

Vorher waren eine Reihe von Vorträgen über Besoldungsbedingungen beraten worden, die meist an den Finanzausschuß verwiesen wurden. Unsere Genossen Hilbig, Sagadegg und Frau Harzer nahmen sich dabei mit besonderem Nachdruck der unteren Beamten, der Kriegshilfskräfte und der weiblichen Angestellten an.

Ein Antrag, die Anwendung an die Zentralstelle für private Fürsorge zu erhöhen, wurde einstimmig angenommen, nachdem vom Genossen Breitfeld und auch von verschiedenen Reichswehrsozialistischen Rednern die Zentralisierung und Kommunifizierung der Wohlfahrtsfürsorge gefordert worden war.

Von unserer Fraktion sind drei Anträge eingebracht worden: 1. mit dem sofortigen Abbau der Vorklassifikation zu beginnen; 2. den Magistrat zu ersuchen, die Schulen von der militärischen Beschäftigung freizumachen; 3. eine Anzeigepflicht über die Höhe der Besoldung der einzelnen in Wilmersdorf vorhandenen Privatwohnungen einzuführen.

Streik und Falsche zur Erwerbslosenunterstützung. Der Hauptausschuß der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin hat beschlossen, daß aus Anlaß des Generalsstreiks die teilweise Erwerbslosenunterstützung auch solchen Arbeitnehmern nicht zuzuteilen, die nicht selbst gestreikt haben, sondern durch den Streik anderer Betriebe oder anderer Arbeiter desselben Betriebes an der Ausübung der Arbeit gehindert waren. Als Grundsatz gilt, daß die teilweise Erwerbslosenunterstützung nur dann zu gewähren ist, wenn die Erwerbslosigkeit durch Mangel an Arbeit, nicht aber

durch sonstige Ursachen (zu denen auch Unruhen und Verkehrsstörungen gehören) entstanden ist. Dies entspricht auch der ausdrücklichen Bestimmung in den amtlichen Ausführungsbestimmungen der Erwerbslosenfürsorge Groß-Berlin. — Die Arbeiter, die für Weale kämpfen, werden ohnehin auch keine Ansprüche stellen.

Unschuldig verhaftet und verschollen. Am 11. März vormittags zwischen 9 und 10 Uhr wurde in der Krautstraße, Ecke Grünauerweg, der 18jährige Martin Ridel von Regierungstruppen festgenommen. Gleich darauf wurde die Wohnung seiner Eltern in der Krautstraße nach Waffensuche abgesucht. Es wurde aber nichts gefunden. Der Vater des Verhafteten begab sich hierauf zum Kommando der dortigen Regierungstruppen. Der Kommandeur ein Hauptmann, sagte dem Vater, der Sohn sei verhaftet worden, weil er seine Mutter mit der Waffe bedroht habe. Das ist aber nicht wahr. Der Verhaftete hat nie eine Waffe getragen, noch jemals eine solche Drohung ausgesprochen. Die Eltern haben sich bisher die größte Mühe gegeben, ihren Sohn zu finden. Er ist spurlos verschwunden.

Lebensmittelfahndet.

Vankom. Vom Montag, den 24. März, ab findet in den bekannten Konfitürengeschäften der Verkauf von Schokolade für Kinder, welche in der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915 geboren sind, auf Bezugsheute statt. Gegen Vorlegung und Abgabe eines in der Brotkartenausgabestelle empfangenen Bezugscheines kann eine Tafel Schokolade im Gewichte von ca. 250 Gramm zum Preise von 3,25 M. entnommen werden. Die Einlösung der Bezugsheute hat bis zum 31. März 1915 zu erfolgen. — In dieser Woche ist die auf die Reichswehrsozialisten entfallende Reichsmenge auf 20 Gramm festgesetzt. In Ermangelung frischen Mehlens kommen teilweise Konfitüren mit zum Verkauf. Der Preis beträgt: für Blauweiss-Konfitüren 2,80 M., für Leberwurst-Konfitüren 3,00 M., für Milch-Konfitüren 3,00 M. per Tafe. — Vom Freitag, den 21. März, ab werden in den durch Ausschussgebild gekennzeichneten Geschäften gegen Vorkauf des Bezugs- und Kulturgüterbeschlusses 17 von der Berliner Lebensmittelfahndet 10 Gramm Salzheringe zum Preise von 0,42 M. abgegeben.

Aus den Organisationen.

Zehlendorf. Wegen Erkrankung von Frau Scholdt muß die für heute angeordnete Veranstaltung verschoben werden. Willst Du behalten die Gültigkeit. Weiteres wird noch bekanntgegeben.

Königsberg. U. S. F. Josephine Mittwoch, den 26. März, abends 7 1/2 Uhr bei Gen. Heberle, Siemensstraße.

Briefkasten.

M. M., Schmalen. Preislose, die Ihren Wohnort wechseln, um außerhalb Arbeit anzunehmen, erhalten freie Fahrt für sich und ihre Familienangehörigen, außerdem eine angemessene Beihilfe zu den Reisekosten, ebenfalls für sich und die Familienangehörigen.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Bielow, Neuhölln. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindenbrücker und Verlagsdruckerei m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Von der Beschlagnahme freigegeben sind:
die Sittenromane von Iolanthe Maré:

„Lilli“

Ein Sittenbild aus Berlin W. Preis 5.— M.

als Fortsetzung:

„Lillis Ehe“

Ein Sittenbild. Preis 5.— M.

Ein in kräftigen Strichen gezeichnetes Bild der heutigen Verhältnisse in den Großstädten.

„Hinter geweihten Mauern“

von Peter Verdicus.

Rufzeichnungen eines Klostergeistlichen. Preis 5.— M.

Die Nachfolge nach diesem Buche hat gezeigt, daß die Remotoren des Vater Verdicus in allen Volksteilen lebhaftes Interesse erregt haben. Ueberall sieht man die Saat sprigen und Protest auf Protest erfolgt gegen das Bössal, das widernatürlichste aller Verhältnisse.

Zu beziehen durch:

Dogler & Co., Berlin W 9, Köthener Str. 27. Abt. 8.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Gustav Golz,

Prinsener Straße 37 am 10. d. M. gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. M. nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des S. St. Fr. Friedh. Ahrensfelde aus statt.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Julius Groß,

Wiener Straße 34 am 12. d. M. gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 22. d. M. nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen St. Michael-Kirchhofes im Mariendorfer Wege aus statt.

Rege Beteiligung erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen, Arbeiterin

Marie Choinka

am 26. Februar, der Arbeiter

Max Menke

Lichtenberg, Scharrnstraße 18, am 13. d. M. der Heiler

Hermann Karras,

Hohenhofer Str., am 9. d. M., der Schraubendreher

Otto Pfeiffer,

Koelliker Ufer 45, am 12. d. M., der Mech.

Gustav Braun,

Dillenbachstr. 131, am 17. d. M., gestorben sind.

Ehre ihrem Andenken.

Die Ortsverwaltung.

Geld-Lotterie

in der Kassen-Verwaltung.

Ziehung 3.-5. April

11286 Gelderwinn v. ca. 115

375 000

100000

50000

20000

10000

Lose à M. 3.30

1. Lot v. 100000 M.

2. Lot v. 50000 M.

3. Lot v. 20000 M.

4. Lot v. 10000 M.

5. Lot v. 5000 M.

6. Lot v. 2000 M.

7. Lot v. 1000 M.

8. Lot v. 500 M.

9. Lot v. 200 M.

10. Lot v. 100 M.

11. Lot v. 50 M.

12. Lot v. 20 M.

13. Lot v. 10 M.

14. Lot v. 5 M.

15. Lot v. 2 M.

16. Lot v. 1 M.

Zeitungsfrauen

werden noch in nachstehenden Expeditionen eingestellt:

Berlin:

Reich, Bismarckstr. 10.
Gentel, Reichstr. 18.
Gardarich, Wilhelmstraße 2.
Gentel, Bismarckstr. 14.
Gentel, Bismarckstr. 14.

Charlottenburg:

Wernke, Bismarckstr. 18.

Zehlendorf:

Gentel, Bismarckstr. 18.

Niederschöneweide:

Gentel, Bismarckstr. 18.

Steglitz:

Gentel, Bismarckstr. 18.

Wilmersdorf:

Gentel, Bismarckstr. 18.

Achtung!!

Niederschöneweide

Die Expedition der

„Freiheit“ befindet sich

Sedanstraße 57 bei

Schaffranloitz.

Praktikumnummer n. 4

Zugnummer n. 4. Erntz.

Stütznummer n. 4. Erntz.

Stütznummer n. 4. Erntz.

Wilmersdorf.

Die Expedition der

„Freiheit“ befindet sich

Sedanstraße 57 bei

Schaffranloitz.

Praktikumnummer n. 4

Zugnummer n. 4. Erntz.

Stütznummer n. 4. Erntz.

Stütznummer n. 4. Erntz.

Stütznummer n. 4. Erntz.

Leinen, Nessel,

Drell, Inlett, Damast, Anzug-

stoff, Futter, Knopf, Kilogramm,

Märkerger Str. 5, Steinpl. 6607.

inserate

für den darauffolgenden

Tag müssen spätestens

5 Uhr, Sonntag, ab bis 2

Uhr nachm., bei der

Expedition Schillbau-

damm 19 aufgegeben sein

Der Sozialist

(früher Sozialistische Auslandspolitik)

Unabhängige sozialdemokratische Wochenschrift

Herausgegeben von
Dr. Rud. Breitscheid

Unter ständiger Mitwirkung von:

**Ed. Bernstein, H. Block, H. Haase,
K. Kautsky, A. Stein, H. Ströbel u. a.**

Abonnement vierteljährlich 5.— M. Einzelnummer 50 Pf.

Bestellungen sind aufzugeben bei der nächsten Postanstalt oder bei den Speditoren und in der Expedition der „Freiheit“, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19, IV.

Sanabo“-Behandlungsstelle für Harnleiden.

Ärztlicher Leiter: Sanitärer Dr. Wolf

Berlin, Bülowstr. 12, part.

Tel.: Lützow 904.

Sprechst. 12-1, 9-8, Sonntags 11-1.

Bewährte Neuerung (D. R. P.)

Spülverfahren zur Beseitigung von

Ausflüssen u. chron. Katarrhen.

Prospecte.